

entliche Meinung des bürgerlichen Frankreich maßgebend beeinflussen, aufzukehren, um so mehr, als diese Blätter sich gegenüber Mussolini eine Sprache erlauben, die sie besser für ihre eigenen Politiker aufsparen würden.

Es ist an der Zeit, daß ganz Frankreich ein für allemal begreift, daß die Zeiten für immer vorbei sind, in denen man Italien das Recht freizumachen konnte, ebenso frei und ungehindert zu tun und zu lassen, was ihm richtig erscheint. Es ist aber auch an der Zeit, daß Frankreich einseht, daß, ob es Frankreich paßt oder nicht, das faschistische Italien für sich dasselbe Recht der freien Meinungsäußerung hinsichtlich der europäischen und Weltfragen in Anspruch nimmt, von dem die Staaten oder Regierungshäupter diesseits und jenseits des Ozeans einen so reichlichen Gebrauch machen, um mit einer unglaublichen Annahme über das internationale Geschehen zu richten und sich zum Schiedsrichter aufzuwerfen, wobei sie Lob und Tadel verteilen, je nachdem, ob die Völker und ihre Regierungen ihrer eigenen Ehre angehören oder unabhängig von ihnen ihre nationalen Interessen wahren.

Grotesk sei, wie der Direktor des „Giornale d'Italia“ betont, die Behauptung des „ECHO DE PARIS“, daß der Duce nicht berechtigt sei, das Kolonialproblem aufzuwerfen. Der Duce hat im Rahmen der Großmacht Italien gesprochen, die den Versailler Vertrag unterzeichnete, aus dem das Problem der deutschen Kolonien entstand. Es ist ein europäisches und nicht ein französisches oder englisches Problem. Daß ein früheres italienisches Regime den Versailler Vertrag unterzeichnete, kann aber keineswegs — entgegen der Auffassung des „Temps“ — die faschistische Regierung hindern, eine Revision vorzuschlagen.

Gegenüber den papierernen Friedensverträgen setze sich in dem wiedererwachten Europa immer mehr die Idee der Gerechtigkeit und die Ueberzeugung durch, daß in Frieden nicht auf neuen Bündnisverträgen und Satzungen sondern auf einem tatsächlichen Gleichgewicht beruhen müsse sowie auf dem Interesse eines jeden Staates, ihn aufrechtzuerhalten, weil er ihm Nutzen bringe.

Ein solcher Friede habe Mussolini vorgeschwebt, als er Deutschlands Recht bekräftigte und, bevor es zu spät ist, an das Verantwortungsbewußtsein Europas appellierte. Der Friede, den das faschistische Italien anbiete, sei nicht ein Waffenstillstand sondern ein dauerhaftes, fest fundiertes Gebäude, dessen Errichtung aber Großzügigkeit und nicht einen kleinen Egoismus voraussetze.

Frankreich habe anscheinend, so schließt das halbamtliche Blatt, die offenen Worte Mussolinis wiederum nicht verstanden und in wenigen Monaten oder Jahren werde sie auch mit diesen letzten längst überlebten Widerständen ausgeräumt haben.

Man braucht diesen klaren Ausführungen des angesehenen italienischen Blattes keine Silbe hinzuzufügen; sie sprechen für sich und erbringen wieder den Beweis, daß Italien keinen anderen Kurs verfolgt als den, der zu einer vernünftigen dauerhaften Lösung des gesamten europäischen Fragenkomplexes zum Wohl des Friedens führen kann.

Mit berechtigtem Stolz nimmt Italien für sich das Recht in Anspruch, nicht zu den Nationen zu gehören, die überalterten Begriffen folgen, sondern sich zu wirklichen politischen Taten zum Wohl der eigenen Nation zu bekennen.

Zur Beurteilung der Haltung der französischen Presse erscheint es bezeichnend, daß gerade jene Stimmen, die so laut von Nichtermittlung schreiben, sich in der überheblichsten Weise in die politischen Erkenntnisse einer Nation hineinmischen, die nicht mit in das Horn tut, dessen Stimme gerade in letzter Zeit oft genug kläglich versagte. Ganz abgesehen davon, daß dieser Versuch, Italien zu tadeln, weil es nicht gewillt ist, den morschen Karren der „westlichen Demokratie“ aus einem Sumpf gefährlicher politischer Irrungen mit herauszerrren zu helfen, denkbar ungeheuer war, nichts zeigt die Raslosigkeit sogenannter politischer Kreise in Frankreich eindeutiger als die ängstliche Sucht der französischen Presse, die politische Willensfindung Italiens mit ihrem Geschrei aufzuhalten.

Frankreich als Minerva

Der Vorlesung der französischen Radikalsozialen wurde mit der einstimmigen Verabschiedung einer Programmklärung geschlossen, in der die sogenannten „Punkte“ in den Reformen besprochen werden und sich für die Förderung der Wirtschaft und für die Finanzierungspolitik Bonnetts ausspricht. Sie verlangt eine bessere Entlohnung der Landwirtschaft, ohne daß diese für den Verbrauch mit einer neuen Erhöhung der Lebenshaltungskosten verbunden sein dürfte. Wehrpolitik heißt es in der Erklärung, „Frankreich bringe der Welt gerade durch seine Macht eine Friedensbürgschaft“ und außenpolitisch: Außenminister Delbos möge seine Politik der Wahrung des Friedens fortsetzen. Er möge alle Anstrengungen machen, die Ausbreitung des spanischen Dramas zu verhindern und die Belange Frankreichs und die Vollständigkeit der französischen Besitzungen in Uebersee zu wahren. Den Versuch der französischen Regierung innerhalb des Völkerbundes zugunsten der Organisation der kollektiven Sicherheit sei zuzustimmen. Es erscheine „unvorstellbar und übrigens unnützlich“, auch nur die Möglichkeit einer neuen Verteilung der Kolonialmandate anzunehmen. Dabei weigere man sich aber nicht, eine Anerkennung internationaler Märkte ins Auge zu fassen, die allen Völkern einen gleichen und leichten Zugang zu den wesentlichen Rohstoffen eröffnen würde.

Kriegsminister Daladier wies auf die umfangreichen Vorkriegsarbeiten an der französischen Nordgrenze hin und betonte, Frankreich wolle den Frieden. „Frankreich stelle sich der Welt als Minerva vor, behelmt, gepanzert und in der einen Hand die Lanze, in der anderen den Delphin des Friedens.“

Daladier erwähnte, daß er sich den Ruf des kommunistischen Thores nicht zu eigen mache, der sich an seine atbolischen Brüder und an die sogenannten nationalen Freiwillichen wandte, und schloß mit einem Einigungsaufruf an alle Franzosen.

„Die politische Kollektivitätsidee“

Reichsminister Freiherr von Neurath vor der Akademie für Deutsches Recht in München

Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath hielt in der Vollversammlung der Akademie für Deutsches Recht in der Aula der Münchener Universität am Sonnabend einen Vortrag über die politische Kollektivitätsidee.

Nach einleitenden Worten über das Verhältnis des Völkerrechts zur Politik führte der Minister aus, daß der jetzt zum allgemeinen Schlagwort gewordene

Begriff einer Kollektivitätspolitik oder einer kollektiven Sicherheit natürlich aus der Ideologie des Völkerbundes stamme. Er wies auf die letzte Erklärung des englischen Ministerpräsidenten über den Völkerbund hin, wobei dieser anerkannt habe, daß der Völkerbund die Funktion der Friedenssicherung nicht erfüllt. Wenn der englische Ministerpräsident dabei aber gesagt habe, man müsse das Versagen des Völkerbundes in erster Linie auf die Tatsache zurückführen, daß sich ein Teil der mächtigen Staaten von Genf fernhalte, so sei das eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. In diesem Sinne legte der Reichsaussenminister ausführlich die groben Fehler und Lücken der Völkerbundsatzung dar.

Neurath schilderte unter Hinweis auf die immer eckanter gewordenen Misserfolge des Völkerbundes, wie aus dem Gedanken der Sanktionspolitik das Projekt der Regionalpakte hervorgegangen sei, das sich dann schließlich auch außerhalb der Völkerbundsatzung Geltung zu verschaffen gesucht habe. An Hand der Einzelheiten des nicht mehr aktuellen Planes eines sogenannten Ostpaktes legte der Vortragende die Schwierigkeiten und inneren Widersprüche der Idee solcher Regionalpakete dar. Im Anschluß hieran führte der Reichsaussenminister u. a. wörtlich folgendes aus:

Nach allen Erfahrungen in und außer dem Völkerbund kann es als ein sicheres Gesetz gelten, daß ein wirksamer organisatorischer Zusammenschluß von Staaten nur insoweit möglich ist, als er ausschließlich zur Erreichung von Zielen dient, an deren Erreichung diese Staaten alle das gleiche Interesse haben. Aus der Erkenntnis dieser elementaren Tatsache heraus ist die Reichsregierung stets dafür eingetreten, jedes konkrete internationale Pro-

blem nach den gerade dafür geeigneten Methoden zu behandeln, es nicht unnötig durch die Verquickung mit anderen Problemen zu komplizieren und, soweit es sich um Probleme zwischen nur zwei Mächten handelt, dafür auch den Weg unmittelbarer Verständigung zwischen diesen beiden Mächten zu wählen. Wir können uns darauf berufen, daß sich diese politische Methode nicht nur im deutschen, sondern auch im allgemeinen Interesse voll bewährt hat.

Einen sehr aktuellen Anlaß, sich mit der Frage der für die Behandlung internationaler Konflikte zu wählenden Methode zu befassen, bietet die für die nächste Zeit in Aussicht genommene Brüsseler Konferenz, die über die fernöstlichen Verwicklungen beraten will. Deutschland hat die Einladung zu der Konferenz nicht annehmen können, weil diese sich auf Grund des sogenannten Neun-Mächte-Vertrages von 1922 mit der Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages beschäftigen soll. Da Deutschland dem Neun-Mächte-Vertrag nicht angehört, kann es sich logischerweise auch nicht an Beratungen über die Durchführung dieses Vertrages beteiligen. Wir haben aber in unserer Antwort auf die Einladung zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland jederzeit bereit ist, bei dem Versuch einer Vermittlung zwischen Japan und China mitzuwirken, wenn für diesen Versuch die unerläßlichen Voraussetzungen gegeben sind, und wenn er in der geeigneten Weise unternommen wird.

Eins aber möchte ich zum Schluß mit allem Nachdruck betonen: Wir hören nicht selten Stimmen aus dem Ausland, die die unbedingte Vorliebe für kollektive Sicherheitsmethoden ohne weiteres mit dem Willen zum Frieden und zur internationalen Zusammenarbeit gleichsetzen und umgekehrt in der Ablehnung oder auch schon in der Kritik jener Methoden einen Mangel an Friedens- und Gemeinschaftswillen sehen wollen. Eine solche Gleichsetzung ist falsch und wird von uns auf das entschiedenste abgelehnt. In der Politik, auch in der Friedenspolitik, entscheidet der Erfolg, nicht die bloße Aufstellung schöner Ziele, die bestgehend wirken mögen, die aber praktisch unerreichbar und deshalb wertlos sind.

Fliegerstadt Guidonia

Feierliche Weihe durch den Duce.

Zwei Tage nach der Einweihung des vierten Siedlungsbaus im Gebiet der ehemaligen Pontinischen Sümpfe hat der italienische Regierungschef am Sonntagvormittag mit der Fliegerstadt Guidonia ein weiteres echt faschistisches Werk seiner Bestimmung übergeben.

In einer kurzen Ansprache erklärte Mussolini, daß Guidonia zum ehrenden Gedächtnis eines seiner Mitarbeiter den Namen des als Pionier der italienischen Luftwaffe gefallenen Fliegergenerals Guidoni trägt. Abschließend betonte der Duce: Vorgestern habe ich Aprilia, eine Stadt der Scholle, eingeweiht, heute die Fliegerstadt Guidonia. Zwischen beiden besteht eine enge Verbindung, denn der Bauer kann nur dann die Scholle immer fruchtbarer gestalten, wenn die Luftwaffe das Vaterland schützt.

An der Einweihung von Guidonia nahm von deutscher Seite auf Einladung des italienischen Ministers für Volksbildung, Alfieri, der stellvertretende Presseschef der Reichsregierung, Ministerialrat Berndt, teil, der sich auf einer Urlaubsreise in Rom befand. Ministerialrat Berndt wurde nach der Feier in Guidonia vom Duce eingeladen, ihn in dem von Mussolini selbst gesteuerten Flugzeug zu einem Besichtigungsflug über Rom, die Albaner Berge und das gesamte Gebiet der ehemaligen Pontinischen Sümpfe zu begleiten, die auf Befehl des Duce völlig kolonisiert worden sind.

Rudolf Heß in Neapel

Am Sonntagvormittag begab sich der Stellvertreter des Führers von Rom nach Neapel. Am Bahnhof erwartete ihn eine große Menschenmenge und bereitete ihm einen herzlichen Empfang. In der ganzen Stadt heulten zur Begrüßung 10 Minuten lang die Sirenen, während Rudolf Heß und die Parteiführung im Kraftwagen durch die Stadt zum Hafen fuhren. Dort hatte der italienische Festführer „Euro“ angelegt, um die Gäste zur Insel Capri zu bringen, wo der Sonntagnachmittag verbracht wurde.

Gegen den selbstlichen Kapitalismus

Spaniens Tag der toten Felder und der Jugend.

Das gesamte nationale Spanien beging den „Gefallenen Tag“ mit feierlichen Trauergottesdiensten, Militärparaden und Gedenkfeiern. Besondere Bedeutung gewinnt dieser Tag, weil er gleichzeitig der Erinnerungstag an die vor vier Jahren durch José Antonio Primo de Rivera erfolgte Gründung der Falange Española ist. So fand in Sevilla eine Riesenkundgebung in dem größten Theater der Stadt, dem Coliseo Espana, statt, an der auch eine Abteilung der Hitler-Jugend, die zur Zeit als Gast der Spanischen Nationalregierung in Spanien weilt, teilnahm. Der Falangeführer Hídrucio begrüßte besonders herzlich die deutschen Jungen und würdigte den entscheidenden Kampf, den Deutschland gegen den Bolschewismus führt. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die Rede von Fernandez Cuesta, der erklärte, daß der Geist, den der junge Primo de Rivera der Falange gegeben habe, unverfälscht weiterlebe und unauslöschlich sei, weil er von einer Legion ermordeter Kameraden getragen werde. Cuesta fuhr dann fort:

„Wir stehen alle geschlossen hinter unserem Caudillo Franco. Wir sind Revolutionäre, erfüllt von revolutionärem Geist, und unser Ziel ist ein Spanien für alle Spanier. Der Arbeiter soll anständig leben und nicht von der öffentlichen Minderheit oder von Wohlfahrtsorganisationen abhängen. Wir bekämpfen den selbstlichen Kapitalismus.“

ratismus. Wir werden aber auch die letzte Spur des völkerverfeindenden Bolschewismus vernichten.

General Franco sandte Mussolini ein Telegramm, in dem er mitteilt, daß die nationale Regierung am Gedanktag der Gefallenen beschlossen habe, den Angehörigen der in Spanien gefallenen italienischen Freiwilligen die vaterländische Opfermedaille zu verleihen.

Lügen werden widerlegt

General Franco lädt ausländische Journalisten zu einer Besichtigung von Mallorca ein

General Franco hat alle ausländischen Journalisten zu einem Besuch der Insel Mallorca eingeladen, damit sich die Weltpresse an Ort und Stelle von der Haltlosigkeit der Lügen überzeugen kann, die immer wieder von der sowjetspanischen Regierung und von den internationalen Freimaurern über die militärischen Verhältnisse auf den Balearen in die Welt gesetzt werden.

Bevorzugt einzustellen

Alle Nationalsozialisten und in Ehren gediente Soldaten haben den Vorrang bei Beschwerden.

Im Unternehmen mit dem Reichsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht hat sich der Reichs- und Preussische Minister des Innern damit einverstanden erklärt, daß, wie bisher, zugunsten von bevorzugt unterzubringenden Personen die bei den Behörden freizuwertenden Angelegenheiten der Vergütungsgruppen IV bis VII der Reichsangehörigen-Tarifordnung über der entsprechenden Vergütungsgruppen anderer Tarifordnungen in der Zeit vom 1. Oktober 1937 bis Ende September 1938 nur zu 40 v. H. mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Als bevorzugt unterzubringende Personen sind zur Zeit anzusehen:

1. die Angehörigen der Sonderaktion, und zwar:
 - a) Mitglieder der NSDAP, die bis zum 14. September 1930 Mitglieder wurden (Mitgl.-Nr. bis 340 000),
 - b) Mitglieder der NSDAP, und ihrer Ablegerungen sowie des Stahlhelm, die bis zum 31. Januar 1933 Mitglieder wurden und nachweisbar vor der Machtübernahme aktiv tätig waren.
2. die in Ehren ausgeschiedenen Soldaten und Arbeitsmänner gemäß § 18 Abs. 1 der Verordnung über Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner vom 30. September 1936. Bevorzugungsbesuche sind an die Arbeitsämter zu richten. Die den Schwerbeschädigten zugehörigen Vorrangrechte werden durch diese Maßnahme nicht beschränkt.

Warum kein frisches Brot?

Roggenbrot oder Vollkornbrot bevorzugen.

Seit einer Reihe von Wochen ist den Bäckern und Kaufleuten der Verkauf von frischem Brot verboten. Durch diese Maßnahme soll die Verschwendung von Brot, die der Verzehr frischen Brotes mit sich bringt, vermieden und der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, mit dem Brot hauszuhalten. Einen Tag abgelagertes Brot ist außerdem viel bekömmlicher als frisches Brot.

Vollkornbrot, das trotzdem auch heute noch frisches Brot verlangen, verkennen die Bedeutung dieser Verbotsvorschrift, handeln volkswirtschaftlich unredlich und verletzen dadurch ihren Brotlieferanten zu einer strafbaren Handlung.

Im Interesse einer sparsamen Verwertung unserer Brotgetreidevorräte und um unnötige Ausgaben von Devisen für die Einfuhr von Weizen zu vermeiden, ist es auch erforderlich, beim Verbrauch von Brot mehr und mehr vom Mischbrot oder Weizenbrot zum Roggen- oder Roggenvollkornbrot überzugehen.